

# Gegen Gemeindezwangsfusionen

Initiative «Selbstbestimmte Gemeinden in Appenzell Ausserrhoden» gestartet



Der Vorschlag der Ausserrhoder Regierung sieht nur noch die vier Gemeinden Herisau, Vorderland, Mittelland und Hinterland vor. Dagegen wehrt sich ein Komitee und lanciert die Initiative «Selbstbestimmte Gemeinden».  
(Bild: mo)

## Fusionsspezialist

(mw) Jean-Claude Kleiner ist ein Gemeindefusions-Spezialist: «Wir begleiten federführend die Bildung von drei neuen Gemeinden im Kanton Glarus während fünf Jahren; vom ersten Impuls bis zur konkreten Umsetzung», heisst es auf der Homepage [www.kleinerberatung.ch](http://www.kleinerberatung.ch). Seine Firma begleitete die Gemeindefusion Rheintal+ bzw. die Fusion der Gemeinden Bad Zurzach, Baldingen, Böbikon, Kaiserstuhl, Mellikon, Rekingen, Rietheim, Rümikon und Wislikofen mit einer Projektgruppe von zirka hundert Personen erfolgreich bis zum Fusionsvertrag.

Ferner war er beteiligt an den Gemeindefusionen Rapperswil-Jona, Gommiswald (Gommiswald, Ernetswil, Rieden), Bözberg (Gallenkirch, Linn, Oberbözberg, Unterbözberg), Landquart (Igis-Landquart, Mastrils), Böztal (Bözen, Effingen, Elfingen, Hornussen) und Lupfig (Lupfig, Scherz).

Die Ausserrhoder Regierung möchte die Zahl der zwanzig Gemeinden auf vier reduzieren. Deshalb ist jetzt die Initiative «Selbstbestimmte Gemeinden» lanciert worden. Am Donnerstag wurde sie in der Zellwegerstube in Trogen vorgestellt.

Margrith Widmer

Mit dem Volksbegehren wollen die Initianten das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden stärken und Zwangsfusionen verhindern. Auf der Basis von Mehrheitsentscheiden der jeweiligen Gemeindebevölkerung sollen indes Gemeindefusionen schon möglich sein, so die Initianten. Das Problem bisher: In Artikel 2 der Kantonsverfassung werden die zwanzig Gemeinden namentlich aufgeführt. Die Regierung verschob einen Entscheid über die Reduktion der Gemeinden, weil zur Zeit die Kantonsverfassung total revidiert wird. Und dann schlug sie eine Reduktion auf vier Kommunen vor – analog der früheren Bezirke: Vorderland, Mittelland, Hinterland plus Herisau.

### Die Initiative

Laut Initiative soll Artikel 101bis der Kantonsverfassung neu gefasst werden: «Für den Zusammenschluss von Gemeinden ist die Zustimmung der Stimmberechtigten jeder betroffenen Gemeinde erforderlich. Der Kanton leistet administrative und finanzielle Unterstützung an Gemeinden, die sich zusammenschliessen wollen. Das Gesetz regelt das Nähere.»

So sollen Gemeindefusionen «von unten» angestossen werden, so Initiant Jean-Claude Kleiner, Speicher. Damit könnten kleinere Gemeinden nicht von bevölkerungsstärkeren Kommunen überstimmt werden.

### Keine Rücksicht auf Vielfalt

Das Projekt der vier Gemeinden des Regierungsrats nehme keine Rücksicht auf die kulturelle Vielfalt, kritisiert Kleiner. Kommunen seien mehr als blosser Verwaltungseinheiten. Die individuelle Geschichte der Gemeinden einfach übers Knie zu brechen «ist respektlos». Die Absicht des Regierungsrats würde zu vier sterilen Verwaltungseinheiten führen. Kleiner erwähnte den Kanton Glarus als «trübes Beispiel».

Neben dem Verlust an Kultur und Identität würde die Reduktion auf vier Gemeinden einen Verlust an Bürgernähe be-

## Das Initiativkomitee

(mw) Dem Initiativkomitee gehören Gemeindepräsidenten an – so unter anderen Gino Pauletti, Wolfhalden, und Siegfried Dörig, Stein. Weiter sind im Komitee: Die früheren Regierungsräte Jakob Brunnschweiler aus Teufen und Köbi Frei aus Heiden, die ehemaligen Kantonsräte Edgar Bischof und Jean-Claude Kleiner, Kantonsrat Marcel Walker und die frühere Gemeindepräsidentin von Bühler, Ingeborg Schmid.

deuten und ausserdem die Wege zur Gemeindekanzlei bedeutend verlängern. Das Resultat wäre weitere Anonymität, so die Kritik. Zudem: «Was passiert mit unseren schlagkräftigen Feuerwehren, die im Milizsystem sehr engagiert und erfolgreich wirken?» fragte Kleiner.

### Erhöhte Steuerlast

Dazu komme ein Verlust an Schulen: Die Oberstufenschulen würden wohl auch auf vier reduziert werden – was zu viel längeren Schulwegen führen würde, die nur noch mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu bewältigen wären, fürchtet er.

In jeder der vier geplanten Gemeinden gäbe es einen einheitlichen Steuerfuss. Kleiner verwies auf die Diskrepanzen im Mittelland: 2,7 Prozent in Teufen und 4,3 Prozent in Trogen. Im Mittelland müsste mit einem Steuerfuss von 3,3 Prozent gerechnet werden: Das ergäbe für Teufen eine höhere Steuerbelastung, «was zu einer massiven Abwanderung von interessanten Steuerzahlern in andere Kantone führen würde», fürchtet er. Dies wiederum würde zu einer allgemeinen Steuererhöhung in Ausserrhoden führen. Damit verletze der Regierungsrat nicht nur das Demokratieverständnis, sondern schwäche auch noch die kantonale Steuerkraft.

### «Planwirtschaft»

Die Pläne der Regierung mit vier Gemeinden seien «Planwirtschaft»; das entspreche nicht dem «Charakter des Kantons». Damit werde die politische Kultur vergewaltigt und keine Rücksicht auf Qualitäten genommen. Gemeindefusionen sollten sich aus der Bevölkerung entwickeln und «nicht von oben von der Regierung diktiert und aufgezwungen werden».